

ILSE HELBRECHT/RAINER DANIELZYK/BERNHARD BUTZIN

Wahrnehmungsmuster und Bewußtseinsformen als qualitative Faktoren der Regionalentwicklung: Fallstudie Ruhrgebiet

Kurzfassung

Neue, "weiche" Standortfaktoren gewinnen zunehmend an Bedeutung in der regionalpolitischen Diskussion. Dabei werden jedoch die Wahrnehmungsmuster und Bewußtseinsformen der Bevölkerung nur sehr selten berücksichtigt. Am Beispiel des Ruhrgebiets werden die Erscheinungsformen und die Relevanz sowohl der alltagsweltlichen Wahrnehmungsmuster der Bevölkerung als auch der professionellen Bewußtseinsformen der Experten skizziert und regionalpolitisch bewertet. Aus den feststellbaren Divergenzen werden Folgerungen für Veränderungen der Planungspolitik gezogen.

1. Zur Bedeutung qualitativer Faktoren für Regionalentwicklung und Regionalforschung

In der Diskussion der letzten Jahre ist deutlich geworden, daß sich die regionalpolitischen Aufgabenstellungen nicht in der Schaffung bzw. Sicherung von Arbeitsplätzen und dem Ausbau bzw. der Erhaltung von infrastrukturellen Einrichtungen erschöpfen. Es zeichnet sich inzwischen vor allem weitgehend Übereinstimmung darin ab, daß ökologische Aspekte in räumlicher Planung und

Politik nicht nur zu berücksichtigen sind, sondern "Natur und Umwelt" ein eigenständiger Zielbereich planungspolitischen Handelns werden müssen. Darüber hinaus gewinnt zunehmend Beachtung, daß neben den ökonomischen und ökologischen Dimensionen die soziokulturellen Lebensbedingungen die "Lebensqualität" der Bevölkerung in den jeweiligen Regionen bestimmen. Zweifelsohne fehlt gerade für diese Thematik noch eine regionalwissenschaftlich zufriedenstellende und regionalpolitisch hilfreiche Konzeptualisierung. Aber z.B. die Diskussionen und Forschungen über "Regionalkultur" und "Stadtkultur", über die regional differenzierte subjektive Wahrnehmung von Entwicklungsprozessen ("subjektive Indikatoren") sowie zu den regionalspezifischen Möglichkeiten und Bedingungen für die Ausdifferenzierung von Lebensstilen bieten umfangreiche Hinweise und Anregungen.

Das wachsende Interesse von Regionalpolitik und Regionalforschung an Kultur und Soziokultur, an regionalen Identitäten, Wahrnehmungsmustern und Bewußtseinsformen läßt sich zweifach erklären. Zum einen erlaubt das Ausmaß des gesellschaftlichen Reichtums und der Stand der materiellen Versorgung des überwiegenden Teils der Bevölkerung in der Bundesrepublik ("alte" Länder) in zunehmendem Umfang Sensibilität für "qualitative" Aspekte der Lebensgestaltung (1). (Nebenbei sei bemerkt,

daß genau durch diesen Umstand soziale Gruppen, die materiell schlecht versorgt oder in Notlagen sind, aus dem gesellschaftlichen Wahrnehmungshorizont um so schärfer ausgegrenzt werden.) Zum anderen haben in hochentwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften Kultur und Soziokultur in mehrfacher Weise besondere Bedeutung für den ökonomischen Strukturwandel (2). Wenigstens drei Ebenen von Zusammenhängen lassen sich dabei unterscheiden:

- Kultur wird selbst ein immer wichtigerer Wirtschaftsfaktor ("Kulturindustrie", d.h. Massenmedien, Festivals, öffentlich subventionierte "high culture" usw.);
- Kultur und Soziokultur haben eine kompensatorische Funktion zur Sicherung von Identitäten und sozialen Zusammenhängen im beschleunigten Strukturwandel;
- Kultur und Soziokultur bestimmen das "Klima", normative Strukturen, Einstellungsmuster, Kreativitätsniveaus usw. in einer Region sowie das in der öffentlichen Meinung von ihr existierende Bild.

Diese Zusammenhänge sind in der Kommunalpolitik seit einigen Jahren geläufig (3) und werden zunehmend auch in der Regionalpolitik beachtet. Nach Auffassung etwa der nordrhein-westfälischen Landesregierung muß daher "eine Politik zur Anpassung und Gestaltung des strukturellen Wandels in Wirtschaft und Technik eine ganzheitliche, alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende Politik" sein (4).

Die Regionalforschung beginnt erst in Ansätzen, diesen Veränderungen ihrer Aufgabenstellungen gerecht zu werden. Kunzmann (5) hat in einer Studie den Strukturwandel in verschiedenen altindustrialisierten Regionen verglichen. Darin werden unter sieben Entwicklungsfaktoren auch das "Informations- und Kommunikationspotential", die "Lebens- und Umweltqualität", "politische Kultur und regionale Selbstbestimmung" sowie das "regionale Kultur- und Freizeitangebot" betrachtet.

An dieser Auswahl von entwicklungsbedeutsamen Faktoren wird deutlich, daß neben kulturellen Aspekten auch den kommunikativen Verflechtungen, die zweifellos wesentlich kulturell bestimmt sind, die besondere Aufmerksamkeit der regionalen Strukturpolitik gelten muß. Denn die Komplexität des ökonomischen und des allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungsstandes macht es unmöglich, Entwicklungslinien und Probleme des Strukturwandels soweit vorhersagen zu können, daß die Regionalpolitik darauf langfristig aufbauen könnte (6). Daher stehen im Mittelpunkt der Planungs politik immer häufiger formale Aspekte, die für die Fähigkeit zum Strukturwandel bedeutend sind. Deshalb "... muß die Strukturpolitik vor allem 'prozeßorientiert' angelegt sein. Ihr Ziel ist es, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit zu fördern und zu stärken. Das bedeutet, neben der Festlegung von Mindestanforderungen und Rahmenbedingungen zur umwelt- und sozialverträglichen Gestaltung des strukturellen Wandels Grundsätze und Formen eines kooperativen, demokratischen Zusammenwirkens aller an der wirtschaftlichen Entwicklung beteiligten Kräfte zu entwickeln!" (7).

Diese Formulierung faßt paradigmatisch die Forderung nach einer umfassenden Regionalpolitik zusammen. Erkennbar wird, daß kulturelle Aspekte, Gesichtspunkte der Lebensqualität, der "politischen Kultur", der Kooperationsformen usw. nicht länger als Nebenfaktoren der Regionalentwicklung gesehen werden können.

Aus normativen, demokratietheoretischen Überlegungen wie aus funktionalen Gründen der Steigerung planungspolitischer Effizienz ("Akzeptanz", lokales Wissen usw.) muß dabei die umfas-

sende Einbeziehung der Bevölkerung in die Gestaltung der regionalen Entwicklung angestrebt werden. Die hier gemeinte Form der Einbeziehung der Bevölkerung ist konzeptionell anders zu verstehen als die bekannte "Bürgerbeteiligung" in der Bauleitplanung oder bei Planfeststellungsverfahren. Die Bevölkerung in ihrer sozialen Ausdifferenzierung wird – in Anlehnung an Konzepte "eigenständiger Regionalentwicklung" – als mitgestaltender Faktor der Regionalentwicklung verstanden, nicht als "Bedenken-träger" gesehen oder unter einem abstrakten Gemeinwohl subsumiert. Aus dieser Perspektive ist es unerlässlich, über die Wahrnehmungen und Orientierungen der Bevölkerung bzw. verschiedener sozialer Gruppen genauere Kenntnisse zu haben, da ansonsten die Gestaltung des regionalen Strukturwandels und der darauf bezogenen Politikformen nicht angemessen erfolgen kann.

Diese Fragestellung ist zuletzt von Derenbach in den Vordergrund gerückt worden (8). Derenbach (9) versteht unter "regionalem Entwicklungsbewußtsein" erfahrungsbegründete Erwartungen und Ziele zur Gestaltung der eigenen Region sowie ein Wissen über die Existenzbedingungen der Region, ihre Dynamik und ihr Verhältnis zu anderen Regionen. "Regionale Handlungsbereitschaft" wird als Fähigkeit von Bevölkerung, Betrieben und politischen Instanzen definiert, "eigenständig Initiativen durchzuführen" (10).

Die weitere Konzeption der Untersuchungsthematik durch Derenbach wird aber der von ihm entwickelten Fragestellung nicht gerecht. Unzulänglich ist vor allem die allgemeine Konzeption von "Entwicklungsbewußtsein" und "Handlungsbereitschaft". Sie berücksichtigt nicht die Unterschiede der Bewußtseinsformen von "Experten" in Ökonomie und Politik, die potentiell steuernde Funktionen ausüben oder beeinflussen können, und der betroffenen Bevölkerung, die Regionalentwicklung aus anderen Perspektiven wahrnimmt und erlebt. Den Experten und der Bevölkerung wird vielmehr gleichermaßen zweckrationales Denken unterstellt (11).

Für eine Untersuchung der Wahrnehmungsmuster und Bewußtseinsformen in einer Region ist es ertragreicher, die umfangreichen theoretischen Überlegungen und empirischen Studien der sozialwissenschaftlichen Alltagsforschung auf Probleme der Regionalentwicklung zu beziehen. Wenn dort bisher auch nur zum geringen Teil für räumliche Planung und Regionalpolitik wichtige Themen bearbeitet worden sind (z.B. subjektive Verarbeitung von Arbeitslosigkeit, soziales Leben in den Stadtteilen von Großstädten), so bietet der vorhandene Fundus ausreichende Anregungen für eine entsprechende Konzipierung regionalwissenschaftlicher Forschungen.

Die sozialwissenschaftliche Alltagsforschung folgt weitgehend dem sog. "interpretativen Paradigma", dem zufolge soziale Wirklichkeit nicht objektiv gegeben ist, sondern durch gesellschaftliche "Konstruktionen" entsteht (12). Damit ist gemeint, daß "die soziale Welt, in der wir leben, auf interpretativen Leistungen der Handelnden" beruht (13). Diese paradigmatische Orientierung läßt sich in drei Prämissen darstellen: "(1.) Menschen handeln Objekten gegenüber aufgrund der Bedeutungen, die diese Objekte für sie haben. Der Begriff Objekt meint alles, worauf sich Menschen in ihrem Handeln beziehen können ... (2.) Diese Bedeutungen entstehen in sozialen Interaktionen und sie werden (3.) in Interaktionen angewendet, indem sie im Blick auf die jeweilige Handlungssituation interpretiert werden. Durch diese situationsbezogene Interpretation werden die Bedeutungen ständig modifiziert" (14). Aus dieser kurzen Darstellung wird deutlich, daß im Mittelpunkt dieser Forschungsrichtung das aktive Handeln von Individuen, ihre Wahrnehmungen und Anwendungen von sozialen Regeln und Ereignissen in sozialen Kommunikationszusammenhängen stehen.

In der "natürlichen Einstellung des Alltags" sind diese Wahrnehmungen und Deutungen gewohnheitsmäßig typisiert und entstehen unterhalb der Schwelle reflexiver Bewußtwerdung. Durch die Übernahme von Typisierungen ist das individuelle Alltagswissen mit den gesellschaftlich gültigen Regeln und Normen verknüpft (15). Die kollektiven, typisierten Muster des Wahrnehmens, des Erlebens und Bewertens werden häufig als "Deutungsmuster" bezeichnet (16). Die Typisierungen und Routineorientierungen ermöglichen das Handeln unter den vielfältigen Anforderungen der sozialen Welt, da sie im gewissen Sinne entlasten. Durch diese Mechanismen erscheint die Welt als "vertraut", wird Alltagsleben letztlich konstituiert.

Für Überlegungen zur Regionalpolitik ist es von grundlegendem Interesse, Wahrnehmungsmuster und Bewußtseinsformen in einer Region und zur regionalen Entwicklung, also die "Konstruktionen regionaler Wirklichkeit", zu kennen. Dabei dürfte besonders aufschlußreich sein, ob und inwieweit sich die alltagsweltlichen Deutungsmuster in Prozessen des Strukturwandels und in regionalen Krisensituationen verändern. Denn gerade Krisen bringen atypische Situationen hervor, laufen routinisierten Erfahrungen zuwider und können von daher Revisionen der Deutungsmuster verlangen (17). Deshalb haben wir im Rahmen einer empirischen Studie die Wahrnehmungsmuster und Bewußtseinsformen im Ruhrgebiet als einer tiefgreifend vom Strukturwandel geprägten Region untersucht.

Dabei halten wir es für sinnvoll, alltägliche Deutungsmuster in einer Situation des Strukturwandels wie im Ruhrgebiet getrennt für verschiedene Gruppen der Bevölkerung zu untersuchen sowie parallel die reflektierten Wahrnehmungsmuster von planungspolitischen Experten zu erfassen. Denn nur auf diese Weise ist es u.E. möglich, regionalwissenschaftlich differenzierte Aussagen zu machen und damit Grundlagen für eine umfassend verstandene Regionalpolitik zu schaffen.

2. Fallstudie Ruhrgebiet

2.1 Methodische Vorgehensweise

Im Rahmen eines sozialgeographischen Forschungsprojekts wurden 1987 und 1988 Gruppendiskussionen und Intensivinterviews mit 54 Personen in der Emscherzone geführt (18). Diese gehörten vor allem zu zwei sozialen Gruppen: 1.) vom Bildungsin das Beschäftigungssystem wechselnde Personen (Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger), 2.) aus dem Arbeitsleben in den Ruhestand wechselnde Personen (Berufsausstiegerinnen und Berufsausstieger). Außerdem wurden 1988 16 Gespräche mit Experten geführt, die professionell mit der Gestaltung des Strukturwandels im Ruhrgebiet befaßt sind. Ein wichtiges Ziel war dabei, für beide Untersuchungsebenen Grundtypen der Wahrnehmung und Deutung des Strukturwandels herauszuarbeiten.

2.2 Alltagsweltliche Vorstellungsbilder der Bevölkerung

Es besteht eine große Diskrepanz zwischen dem fremdproduzierten Außenimage und den in der Region existierenden "Innenansichten" des Ruhrgebiets. Während sich die Wahrnehmungsweisen der Bevölkerung an ihrem persönlichen Alltag und den je individuellen Lebensweisen in der Region orientieren, ist das Ruhrgebiet für Außenstehende vor allem durch zwei Facetten ein Begriff. Zum einen existieren vielfältige Klischees über das schmutzige, staubige, rußige Ruhrgebiet, das vorwiegend aus Zechen, Hochöfen und Schornsteinen besteht. Die Geschichte einer massiven Industrialisierung der Region zeigt hier ihre

Folgewirkung und hat sich in vielen Köpfen der bundesrepublikanischen Bevölkerung als "Schmuddel- und Schmutzimage" des Reviers festgesetzt. Zum anderen bestehen jedoch auch vielfältige Vorstellungsbilder über die Region, die das Leben und Arbeiten der Bergleute unter- und übertage, die Kameradschaft der Kumpel angesichts der schweren Arbeit, die gutnachbarschaftlichen Beziehungen in den Zechensiedlungen und die "Ehrlichkeit und Echtheit" der einfachen Bergleute beschreiben. Seit einigen Jahren tritt zu diesen beiden klassischen Klischees über das Ruhrgebiet die Vorstellung von einer Krisenregion hinzu, die als "sterbender Riese" aus einer vergangenen Industrieepoche mit den entsprechenden sozialen Problemen zu kämpfen habe.

Die Reaktionsformen der Bevölkerung in der Emscherzone auf das negative Außenimage vom "Industriemoloch Ruhrgebiet" erscheinen regionalpolitisch brisant. Die Bewohnerinnen und Bewohner wissen um den schlechten Ruf der Region. Sie antizipieren ihn z.T., und er prägt somit ihr eigenes Bild von ihrer Region. Der Umgang mit dem Negativklischee weist dabei typische Grundstrukturen der Verarbeitung auf, die sich in den Dimensionen Raum und Zeit darstellen lassen.

Auf der räumlichen Ebene gleichen die Deutungsmuster unserer Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner dem Spiel vom "Schwarzen Peter". In Form einer "mental Absetzbewegung" werden stets die jeweils benachbarten Ruhrgebietsstädte als räumliches Synonym für das "tiefste", unbeliebteste Ruhrgebiet verwandt. Nie ist es für unsere Gesprächspartnerinnen bzw. Gesprächspartner ein "Hier"; immer liegt das schmutzige Ruhrgebiet im "Dort", bei den anderen. Es scheint, als würde die Identifikation mit dem eigenen Wohnort erst möglich, indem man den Schwarzen Peter des negativen Images anderen Ruhrgebietsstädten zuweist. Zwar erscheint die Identifikation mit der eigenen Adresse durch diese mentale Absetzbewegung erleichtert, gleichzeitig wird aber eine regionale Identifikation mit dem gesamten Ruhrgebiet für die Bewohnerinnen und Bewohner erschwert.

In der Dimension der Zeit verarbeitet die Bevölkerung der Emscherzone das negative Außenimage in Form einer *vergangenheitsbezogenen Betrachtungsweise*. Im Rahmen eines Vergleichs mit der Vergangenheit sagen insbesondere die älteren Gesprächspartnerinnen bzw. Gesprächspartner oftmals, das Ruhrgebiet sei gar nicht mehr so verschmutzt. Es könne gar nicht mehr so "dreckig" sein, denn es gäbe ja im Ruhrgebiet überhaupt gar keine rauchenden Schornsteine mehr. Früher hätte man keinen Apfel vom Baum essen können, und da wäre das Kissen im Kinderwagen wirklich sofort schwarz gewesen. Im Vergleich dazu sei es aber heute richtig sauber geworden: "wie ein Kurort".

Mit beiden Reaktionsformen, der mentalen Absetzbewegung und vergangenheitsbezogenen Umweltwahrnehmung, werden zwar Geborgenheit und Vertrautheit in der eigenen Nahumgebung gesichert, jedoch stets um den Preis der Abschiebung oder Verdrängung. Die negativen Klischeefacetten des Außenimages verhindern, daß die Gesamtregion identifikationsfähig für Bewohnerinnen und Bewohner des Emscherlandes werden kann. Besonders in den zeitlich rückwärts gerichteten Wahrnehmungen und Beurteilungen der Umweltbelastung liegt dabei eine Blickverengung, die umweltpolitisch brisant erscheint. Für die zukünftigen Bedrohungen durch Umweltgefahren scheinen weite Teile der Bevölkerung in der Emscherzone kaum sensibilisiert zu sein.

Die *positiven Vorstellungsbilder* vom Bergmannsleben als zweite Klischeefacetten des Reviers sind aktuell eher bedeutungslos. Die traditionell montanindustriell geprägten Lebensformen in Zechensiedlungen befinden sich im Stadium der Überformung bzw. Auflösung. Für junge Leute sind die engen Nachbarschaftsbeziehungen, die auch früher schon mit sozialer Kontrolle verbunden waren, kaum noch attraktiv. Statt dessen bleibt von der scheinbaren

Romantik des Bergarbeiterlebens nur noch der sozial abgesicherte und sozialpsychologisch gut erträgliche Vorruhestand der älteren Bergleute. Durch die besonderen Eigenarten der Siedlungs- und Hausformen (Gärten mit der Möglichkeit zur Selbstversorgung usw.) und die engen Nachbarschaftsnetze ist die (verdeckte) Arbeitslosigkeit der Männer infolge des seit Jahrzehnten andauernden Zechensterbens kompensatorisch aufgefangen worden. So ist das Leben in den ehemals regionstypischen Werksiedlungen im Ruhrgebiet nur noch für eine Minderheit attraktiv und damit begrenzt regionalpolitisch relevant.

Die dritte Klischeefacette bezieht sich auf das Ruhrgebiet als "sterbenden Riesen" und die *Auswirkungen des Strukturwandels*. Obwohl der wirtschaftliche Niedergang insbesondere der Emscherzone "objektiv" nicht zu übersehen ist (Altlasten, Brachflächen, Verödung der Innenstädte usw.), wird die ökonomische Krise der Region in den selbststrukturierten Aussagen innerhalb unserer qualitativen Interviews als Gesprächsthema kaum erwähnt.

In den Wahrnehmungen und Alltagsdeutungen der Befragten wird die soziale Wirklichkeit der Region zum einen krisenverarbeitend *uminterpretiert*. So erzählen unsere Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner von Bekannten, die zwar als Folge des Niedergangs im Montanbereich entlassen worden seien, dabei jedoch nicht "wirklich arbeitslos" seien, weil sie sich mit vielen kleineren Jobs im Bereich der Schattenwirtschaft über Wasser hielten. Gegen schlechte Aussichten auf dem Stellenmarkt wird eingewandt, man habe selbst im Gewerbegebiet neue Betriebe gesehen, und die meisten Arbeitslosen wüßten nur nicht, daß sie sich da bewerben könnten. Solche und ähnliche Umdeutungsprozesse erfüllen ihre Funktionen als individuelle Formen der Krisenverarbeitung und subjektiven Entproblematisierung. Sie bergen jedoch die Gefahr, kollektive Lösungsansätze zu verhindern.

Innerhalb der verschiedenen alltäglichen Lebensweisen im Ruhrgebiet werden weitere Verarbeitungsformen des Strukturwandels deutlich. In einem traditionell montanindustriell geprägten Lebensstil existiert ein extrem *kleinräumiger Lebensbezug*, der in Anlehnung an bzw. Entwicklung aus dem ehemals sehr "engen" Zechensiedlungsleben heraus das Haus und seine Umgebung zum Mittelpunkt der Alltagswelt bestimmt. Phänomene des regionalen Niedergangs sind nicht mehr spürbar, weil die sinnstiftenden Lebensbezüge in der nächsten Wohnumgebung realisiert werden können. Das eigene Leben spielt sich in den engen Grenzen des Stadtteils, eigentlich sogar nur in der Siedlung oder im eigenen Haus und Garten ab. Krisenerscheinungen infolge der kommunalen Finanzmisere, wie etwa die Schließung von Freibädern oder Musiktheatern, beeinträchtigen subjektiv kaum das Gefühl der Geborgenheit und Vertrautheit im Nahraum. Hingegen ermöglicht anderen Bevölkerungsgruppen aber auch die Breite der Freizeit- und infrastrukturellen Angebote der Region, mit Krisenphänomenen zu leben. Wenn z.B. das Musiktheater der einen Stadt aufgrund von kommunalen Finanznöten geschlossen werden muß, wird eben das Theater der Nachbarstadt in Anspruch genommen. In einem *großräumig angelegten Lebensstil*, den allerdings nur ein kleiner Teil der von uns untersuchten Bevölkerungsgruppen praktiziert, wird die punktuell und ungleichzeitig wirkende Krise kompensiert, indem durch räumliche Mobilität die subjektiven Handlungschancen erweitert werden. Eine Betroffenheit von lokalen Krisenphänomenen wird so durch die Betonung und Nutzung der Vielfalt des Agglomerationsraumes Ruhrgebiet verhindert.

Aufgrund dieser verschiedenen Verarbeitungsformen wird die ökonomische Krise der Region von einem Großteil der Bevölkerung in der Emscherzone als dem am stärksten betroffenen

Teilraum in ihrer Schärfe nicht erfahren. Die Tatsache, daß Krisenphänomene (Arbeitslosigkeit, Werksstillegungen usw.) in den Gesprächen insgesamt kaum erwähnt werden, bedeutet in letzter Konsequenz, daß die sozialen Folgen des Strukturwandels aus dem Blick geraten.

Das Ruhrgebiet ist somit für die Bevölkerung der Emscherzone weder ein ruhiger Industriemoloch noch eine Region der Bergleute oder eine Krisenregion. In den *Eigendeutungen und internen Wahrnehmungen* der Regionsbewohnerinnen und -bewohner kommen andere Bewußtseinsformen zum Vorschein.

Das Ruhrgebiet ist als Raum mittlerer Maßstabsebene für große Teile der Bevölkerung in den alltäglichen Erfahrungen nahezu irrelevant. Das Alltagsleben unserer Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner vollzieht sich in als vertraut erlebten Bereichen, die für die meisten kaum über die nächste Nahumgebung hinausreichen. Vertrautheit und Geborgenheit werden nicht in der Region, sondern weitaus kleinräumiger in Stadtteilen, Vierteln, Baublöcken oder Straßenzügen erfahren. Ein alltagsweltlicher Regions- bzw. Raumbegriff muß deshalb im Gegensatz zu wissenschaftlichen Regionskonstrukten von den alltäglichen Vorstellungsbildern der Bewohner bzw. Bewohnerinnen über "ihre" Region ausgehen. Die sozialwissenschaftliche Erforschung solcher alltagsweltlicher "Wahrnehmungs- und Erfahrungsräume", die sich an "vertrauten Bereichen" orientieren, befindet sich z.Z. noch in den Anfängen. Aber auch von Seiten der Planungspraxis wird deren regionalpolitische Bedeutung bisher nur ungenügend erkannt.

Diese generell für das Alltagsleben vieler Bevölkerungsgruppen konstitutive Kleinräumigkeit wird dabei regionsspezifisch sowohl durch die montanindustrielle Wirtschafts- und Siedlungsgeschichte der Region, die mit der traditionellen Zuordnung von Werk und Werksiedlung zu kleinräumigen Vernetzungen und Lebensformen geführt hat, als auch durch die oben geschilderten Deutungsmuster verstärkt. Insgesamt scheint somit mittels mentaler Absetzbewegungen, einer vergangenheitsbezogenen Umweltwahrnehmung, Umdeutung von Krisenphänomenen und dem Verdrängen von Krisenerscheinungen vor allem durch kleinräumig angelegte Lebensstile die subjektive Vertrautheit und Geborgenheit der Bevölkerung in der Nahumgebung gesichert zu sein.

Diese *alltagsweltlichen identitätssichernden Deutungsmuster* sind dabei zwar subjektiv plausibel, in ihrer Kollektivität jedoch regionalpolitisch ein Problemfaktor. Durch sie werden Problematisierung und Kritik, damit aber auch Engagement, Protest und Problemlösungsfähigkeit strukturell behindert. Daß diese Deutungsmuster unter den Bedingungen eines tiefgreifenden ökonomischen Strukturwandels ihre Wirkung entfalten, muß dabei um so schwerer wiegen. In jedem Falle erscheinen die alltäglichen Deutungsmuster weiter Teile der Bevölkerung in der Emscherzone kaum die Voraussetzungen für eine partizipationsorientierte Regionalpolitik zu bieten. Dennoch müssen sie – besonders sensibel – von Planungsexperten bzw. -expertinnen sowohl bei strategischen Entscheidungen über mögliche und wünschenswerte Zukünfte einer Region als auch bei Fragen der Imagepolitik, der Beteiligung der Bevölkerung, der Suche nach endogenen Schwächen und Potentialen berücksichtigt werden.

2.3 Vorstellungsbilder und Denkroutinen der Experten

Die Wahrnehmungen der Experten im Hinblick auf das Ruhrgebiet, seine jüngere Entwicklung und die daraus resultierenden Anforderungen an die Regionalpolitik sind von grundlegend anderen Deutungsmustern geprägt.

Überraschenderweise scheint es für die Mehrzahl der Experten "das Ruhrgebiet" nicht zu geben. Zum einen wird diese Auffassung regionalanalytisch mit dem Hinweis auf die verschiedenen Strukturzonen des Ruhrgebietes begründet. Zum anderen wird insbesondere von Vertretern der sich vergleichsweise günstig entwickelnden Städte der Hellwegzone argumentiert, daß gerade ihr Wirkungsort "nicht mehr" zum Ruhrgebiet gehöre, weil der Strukturwandel bewältigt sei. An dieser Absetzbewegung wird deutlich, was für einen größeren Anteil der Experten gilt: Sie assoziieren mit dem Begriff "Ruhrgebiet" vor allem die Dominanz montanindustrieller Großbetriebe und die daraus folgenden Strukturprobleme. Dementsprechend wird in räumlicher Hinsicht unter "Ruhrgebiet" vor allem die Emscherzone verstanden. Daraus folgt dann als planungspolitische Konsequenz, daß es eine Politik für "das" Ruhrgebiet nicht geben könne. Ein umfassenderes Verständnis des Ruhrgebiets-Begriffs findet sich demgegenüber eher (und funktionsgemäß) bei den Vertretern der regionalen Institutionen und der Städte in der Emscherzone.

Als wichtige *Bestimmungsgründe für die Krise* des Ruhrgebiets werden zum einen die in der regionalwissenschaftlichen Diskussion geläufigen Aspekte genannt: Flächenengpässe, nicht mehr angemessene Qualifikationen der Arbeitskräfte, unzureichendes Forschungs- und Entwicklungspotential, defizitäre Kultur- und Freizeitangebote usw. Zum anderen wird häufig die "mentale Ebene" als hemmender Faktor der Regionalentwicklung hervorgehoben. Mangelnde Kooperations- und Innovationsbereitschaft, fehlende Flexibilität, "hierarchische Denkmuster" usw. werden dabei als Folge der über 100 Jahre währenden prägenden Wirkung der Großbetriebe, weniger als montanindustrielles Spezifikum gesehen. Die über Jahrzehnte funktional sinnvollen korporatistischen Strukturen hätten Wahrnehmungen, Denken und Handeln in Wirtschaft, Politik und sozialem Leben so durchgreifend bestimmt, daß sie nun – angesichts neuer ökonomischer Erfordernisse – den Strukturwandel erschweren würden.

Die *Zukunft* des Ruhrgebiets beurteilen die meisten Experten ausgesprochen positiv und "optimistisch". Die materiellen Grundlagen für die Überwindung der gegenwärtigen Probleme seien nicht ungünstig (z.B. guter Ausbau der Infrastrukturen einschließlich des Bildungswesens, günstige Lage im künftigen europäischen Binnenmarkt). Eine Schlüsselstellung bei der *Erneuerung* wird dem Umweltsektor zugesprochen. Einerseits sei eine Verbesserung der Umweltsituation ein wichtiges Argument für die Werbung um attraktive Neuansiedlungen. Andererseits wird die Entwicklung von Technologien, die Umweltbelastungen bewältigen oder vermeiden, als entscheidende Grundlage eines neuen, "umwelttechnologischen" Exportsektors angesehen. Innerhalb dieser allgemein sehr verbreiteten regionalpolitischen Perspektive läßt sich ein breites Spektrum von Vorstellungen finden. Dieses reicht von der angestrebten Ansiedlung abfallwirtschaftlicher Großbetriebe – einer Fortsetzung klassischer Wirtschaftsförderungspolitik mit neuen Inhalten – bis zum Ziel einer modellhaften, grundlegenden Revision industrieller Produktionsformen im Ruhrgebiet.

Besonderes Gewicht wird vom überwiegenden Teil der Experten auf eine Neuorientierung und z.T. Neuorganisation der Handlungsformen in Politik, Planung und Wirtschaftsförderung gelegt. Eine bessere Integration der vielfältigen Politikansätze wird verlangt, wobei insbesondere die interkommunale Konkurrenz in der Wirtschaftsförderung deutlich kritisiert wird. Dieser Kritik stimmen auch die kommunalen Wirtschaftsförderer zu. Vielfach werden "regionale Verbundlösungen" für Planung und Wirtschaftsförderung gefordert (19).

Voraussetzung einer grundlegenden Erneuerung der Planung und Politik seien Flexibilität und Offenheit für die veränderten

Anforderungen. Neue Formen der Zusammenarbeit müßten gefunden und gefördert werden: z.B. kooperative Entwicklungsagenturen, regionale Sondervermögen, Projekte in "public-private-partnership", Schaffung dezentraler Kooperationsformen, Institutionalisierung informeller Kooperation und Konsensbildung. In diesen Forderungen und Vorstellungen zeichnet sich ein neues Planungs- und Politikverständnis ab, das in der Formel vom "vernetzten Denken" zusammengefaßt wird. Es kann kaum überraschen, daß – weit über die unmittelbaren Parteimitglieder hinaus – im Ruhrgebiet diese neue planungspolitische Orientierung eine spezifisch sozialdemokratische Akzentuierung erhält. Die "ökologische und ökonomische Erneuerung der Industriegesellschaft" soll im Ruhrgebiet exemplarisch angestrebt werden, wobei der Staat das synergetische Zusammenwirken von dezentralen, teilautonomen Handlungsträgern und Kooperationsnetzen mit zentralen Instanzen und deren Steuerungsimpulsen moderieren soll.

Während in unseren Expertengesprächen die Erneuerung der Planungspolitik von den Gesprächspartnern selbst thematisiert und häufig umfangreich erläutert wurde, blieben die *sozialen Folgen der Krise* im Ruhrgebiet in den meisten Gesprächen zunächst unerwähnt. Auf Rückfragen unsererseits konnten die Experten aber ein umfassendes und differenziertes Wissen über die räumlich und sozial polarisierenden Wirkungen des montanindustriellen Niedergangs darstellen. Die Problemgruppen der schlecht qualifizierten jugendlichen Arbeitslosen sowie der älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die langfristig arbeitslos und letztlich ohne jede berufliche Perspektive sind, stehen dabei im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. In räumlicher Hinsicht dominiert die Sorge um die Konzentration negativer Strukturmerkmale in bestimmten Stadtteilen der Emscherzone sowie in den Großwohnsiedlungen der 60er und frühen 70er Jahre. Während zu den räumlichen Problemen teilweise planerische Konzepte existieren, herrscht angesichts der Konzentration der negativen Folgen des Wandels auf bestimmte Sozialgruppen verbreitet Ratlosigkeit, da sich diese Probleme regionalen Handlungsmöglichkeiten entziehen würden. Diese Beurteilung kann zumindest teilweise auch erklären, warum diese Thematik von den Experten selbst nicht zur Sprache gebracht wurde. Bemerkenswert ist zudem, daß durchgängig eine Sensibilität für die spezifischen Wahrnehmungs- und Deutungsformen der Veränderungen im Ruhrgebiet durch die Bevölkerung fehlt.

Die von den Experten zum Ausdruck gebrachten Wahrnehmungs- und Handlungsperspektiven lassen sich zu drei Grundtypen zusammenfassen. Dabei sind die leitenden Kriterien für die Zusammenfassung die Berücksichtigung sozialer Aspekte des Strukturwandels, die Vorstellungen von einer "materiellen Erneuerung" der Wirtschaftsstruktur (Aussagen zu Branchen-, Betriebstypen-, Produktstrukturen, zur Infrastruktur) und die Überlegungen zu einer Veränderung der Formen von Planung und Politik.

Typ A: "Kooperative Planungs- und Politikformen"

Das Ruhrgebiet wird als Modellfall für die Umstrukturierung der Industriegesellschaft gesehen. Die Überlegungen zum Strukturwandel beziehen sich vor allem auf eine Veränderung der Formen von Politik und Planung sowie des Zusammenwirkens zwischen den verschiedenen Akteuren. Leitende Orientierungen sind "Vernetzung" und "funktionale Dezentralisierung". Die eigenen Konzepte werden häufig gesellschaftstheoretisch fundiert, so daß Experten dieses Typs als "intellektuelle Avantgarde" innerhalb des vorhandenen Apparates betrachtet werden können. Sie sind vor allem in herausgehobenen Positionen auf Landes- und Regionalbene tätig.

Typ B: "Strukturwandel und Modernisierung der Wirtschaft"

Die Verbesserung der Branchen-, Betriebstypen-, Produkt- und Qualifikationsstrukturen steht im Mittelpunkt der Überlegungen. Die vorhandene materielle Basis des Wirtschaftens im Ruhrgebiet wird als entwicklungsfähig eingeschätzt, so daß mit gewissem Optimismus in die Zukunft gesehen wird. Eine Veränderung der Politik- und Planungsformen wird ebenfalls für notwendig gehalten, ohne daß dazu eigenständig Konzepte entwickelt werden. Ein Teil der diesem Typ zuzuordnenden Experten beachtet besonders die sozialen Folgen, wobei die Überlegungen zur Problembewältigung an konventionellen gewerkschaftlichen Konzepten orientiert sind. Die Mehrzahl der Experten dieses Typs arbeitet in politikberatenden Institutionen, was aber ein Zufall sein kann.

Typ C: "Traditionelles Ansiedlungsdenken"

Im Mittelpunkt der Überlegungen stehen konventionelle Strategien zur Verbesserung der Ansiedlungsbedingungen für neue Unternehmen, wobei vor allem auf Umwelt- und Abfallwirtschaft Hoffnungen gesetzt werden. Finanzielle Anreizmittel und der Ausbau der (Verkehrs-)Infrastruktur gelten als wichtigste Instrumente der Regionalpolitik. Zukunftsoptimismus wird vor allem mit der baldigen Erschöpfung der Ansiedlungsmöglichkeiten in Süddeutschland begründet. Überlegungen zur Erneuerung der Politikformen fehlen fast vollständig. Soziale Aspekte spielen nur am Rande eine Rolle. Experten dieses Typs sind überwiegend in Einrichtungen der Wirtschaftsförderung auf kommunaler oder regionaler Ebene tätig.

3. Konvergenzen und Divergenzen der Wahrnehmungsmuster im Ruhrgebiet – Folgerungen für ein "neues Paradigma" der Planungspolitik

Vergleicht man die Ergebnisse der Interviewauswertungen bei Bevölkerung und Experten miteinander, so sind Ausblendungen und Umdeutungen auf beiden Seiten unübersehbar. Zunächst ist beiden Sichtweisen gemein, daß die sozialen Probleme keinen Stellenwert besitzen. Die Radikalität des Strukturwandels im Ruhrgebiet wird durch jeweils spezifische Absetzbewegungen ausgeblendet. Während dieses der Bevölkerung in der Emscherzone vor allem durch Umdeutungsprozesse und kleinräumige Orientierungen gelingt, ist das Denken der Experten eher auf eine verheißungsvolle Zukunft als auf die sozialen Probleme im Ruhrgebiet der Gegenwart gerichtet.

Bei diesen Formen der Krisenbewältigung bzw. -verdrängung scheint dabei für die Experten wie für die Bevölkerung eine umfassende Wahrnehmung des "Problemraumes Ruhrgebiet" kaum möglich. Assoziieren die professionellen Entscheidungsträger mit dem Regionsbegriff vorwiegend die montanindustriell besonders belastete Emscherzone, so ist für die Bevölkerung die regionale Maßstabsebene in ihren alltäglichen Lebensvollzügen kaum relevant.

Wenn aber weder die sozialen Folgekosten der ökonomischen Krise angemessen wahrgenommen werden noch die planungspolitisch dringend erforderliche regionsbezogene Sichtweise in alltags- oder expertenweltlichen Vorstellungsbildern vorhanden ist, so widerspricht dies nicht nur offiziellen Bemühungen um ein regionales Image (20), sondern konkretisiert geradezu jeden regionalpolitischen Versuch zur Modernisierung der Region.

Nicht weniger gravierend sind inhaltliche Diskrepanzen zwischen den Sichtweisen von Experten und Bevölkerung. Ein Defizit der Experten ist die fehlende Sensibilität für die kleinräumigen

Wahrnehmungsweisen der Bevölkerung. Jeglicher Einblick in die Lebenswirklichkeit der Betroffenen, die dort vorhandenen alltagsweltlichen Umdeutungsprozesse, Formen der Wahrnehmung, des Erlebens und Bewertens, ist den Experten aufgrund ihrer professionellen Deutungsroutrinen verwehrt. Die Fähigkeiten der Entscheidungsträger, die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung bei planungspolitischen Entscheidungen angemessen zu berücksichtigen, müssen als stark eingeschränkt bewertet werden.

Gleichzeitig sind die Entlastungs- und Verdrängungsstrategien der Bevölkerung nicht minder problematisch. Routinisierung und Entproblematisierung sperren sich als Grundstrukturen alltagsweltlicher Erfahrung gegen Veränderungen und den rationalen Diskurs über Konflikt- und Problemlagen. Die Dimension der Zukunft bleibt der auf Stabilisierung in der Gegenwart ausgerichteten Alltagswelt zudem grundsätzlich fremd. Angesichts dieser strukturellen Voraussetzungen ist die Bevölkerung kaum in Form traditioneller Planungsverfahren umfassend an der Entwicklung der Region zu beteiligen. Erst recht ist ein eigenständiges regionalpolitisches Engagement nicht zu erwarten.

Die Diskrepanz zwischen Experten- und Bevölkerungssicht scheint damit strukturell unüberbrückbar. Die Gefahren einer solchen Unüberbrückbarkeit sind offensichtlich. Nicht nur unter den ökonomischen Krisenbedingungen in der Emscherzone, sondern auch prinzipiell ist eine Planungspolitik, die die Beteiligung der Betroffenen systematisch verhindert, weder demokratisch legitimierbar noch regionalpolitisch sinnvoll. Sie gerät in Gefahr, die "Lebensweltvergessenheit" der Planung zu kultivieren.

Damit stellen sich die Probleme bei der Revitalisierung altindustrieller Räume nicht erst bei der Entscheidung über verschiedene Modernisierungsstrategien. Zu fragen ist vielmehr nach der "mental" Ausgangsbasis und den Grundlagen für planungspolitische Strategien. Nach der Grundannahme des interpretativen Paradigmas, wonach soziale bzw. regionale Wirklichkeiten stets Konstruktionen sind, stellt sich damit letztlich auch die Frage, welche Vorstellungsbilder, welche Wahrnehmungsmuster und Bewußtseinsformen zu den Strukturen, Problemen und Konflikten im Ruhrgebiet – bei Experten und Bevölkerung – bedeutsam und ggf. Grundlagen von Ideen zur weiteren Entwicklung der Region sind.

Die von einigen Experten geforderten Veränderungen der formalen Politik- und Handlungsstrukturen bieten nur partielle Lösungen. Die neuen flexiblen und kooperativen Expertennetze beschränken sich zunächst auf eine Verbesserung der professionellen Handlungsformen. Vor dem oben skizzierten Hintergrund stellt sich jedoch auch die Frage, inwieweit Betroffene einzubeziehen sind. Eine flexiblere und kommunikative Regionalpolitik ist bisher in erster Linie nur als Erneuerung der planungspolitischen Expertenkultur verstanden worden (21).

Tatsächlich aber sind die planungspolitischen Probleme, wie sie hier am Beispiel des Ruhrgebiets deutlich werden, nur Ausfluß eines weitaus tiefgreifenderen Wandels in den Bedingungen von Stadt- und Regionalentwicklung sowie in den Formen und Aufgaben planungspolitischer Steuerung (22).

Der wachsende Abstand zwischen Laien und Sachverständigen, das Fehlen inhaltlicher Entwicklungsvorstellungen, die Unsicherheit im Umgang mit der Zukunft und die planungspolitische Handlungsunfähigkeit in Ermangelung planungspolitischer Konzepte sind letztlich das Ergebnis einer fehlenden Übereinstimmung in der Analyse der gegenwärtigen Situation, über anzustrebende Entwicklungen sowie über die Aufgabe und Bedeutung, die der Regionalpolitik hierbei zukommt (23). Die Misere der Planung nach dem Verlust der Planungsgewißheiten der 60er und frühen 70er Jahre stellt sich in den 80er Jahren als "geordneter Rückzug" dar (24), in dessen Verlauf zwar falsche Sicherheiten aufgegeben

werden, aber das entstandene konzeptionelle Vakuum kaum mit neuen Ideen gefüllt werden kann. Die resultierende Unsicherheit führt in Verbindung mit akutem Handlungsdruck zu individualisierten Lösungsversuchen. Die verschiedenen strategischen Optionen der Experten im Ruhrgebiet, wo einerseits klassisches "Ansiedlungsdenken" zu finden ist, während andererseits die Suche nach kooperativen Expertennetzen einsetzt, verdeutlichen nur beispielhaft die derzeitige Situation.

Wenn man ein derzeit dominantes regionalpolitisches Problem formulieren will, so ist es diese mangelnde Selbstreflexion der Planung über ihre eigenen Aufgaben angesichts sich rapide verändernder Standortfaktoren, Raumentwicklungstendenzen und Vergesellschaftungsformen von Stadt und Region. Die Überwindung der Differenzen zwischen den Experten- und den Bevölkerungsperspektiven sowie die Suche nach einem geeigneten regionalpolitischen Konzept für das Ruhrgebiet lassen sich nur im Rahmen einer planungspolitischen Erneuerung bewältigen. Diese muß sich auf universale normative Leitlinien, konkrete regionale Inhalte und strukturelle Kriterien für Aufgabe und Bedeutung räumlicher Planung beziehen, wobei die Vorgaben durch die ökonomischen Rahmenbedingungen gründlich zu reflektieren sind.

In Ermangelung allgemein zustimmungsfähiger Entscheidungskriterien scheint uns derzeit nur ein tentativer Lösungsweg angemessen. Aus dem normativen Interesse an einer demokratischen Gestaltung von städtischen und regionalen Entwicklungen ist die Suche nach einer Verbindung zwischen den auseinanderfallenden Sphären der Experten- und Alltagswelt am dringlichsten. Um die unterschiedlichen Perspektiven kommunikationsfähig zu machen und eine gemeinsame Basis zwischen Experten und Bevölkerung zu schaffen, ist ein neues Planungsparadigma notwendig, das die Belange der kleinräumigen Alltagswelt zu einem maßgeblichen Ausgangs- und Zielpunkt planerischer Bemühungen macht. Konstruktive Ansätze dafür sind vor allem in dem strukturellen Regelwerk der Alltagswelt zu finden.

Da die Bereitschaft zur Übernahme von Engagement und Verantwortung immer schon ein gewisses Maß an Teilhabe und Vertrautheit voraussetzt, muß eine veränderte Planung bei ortskompetenten Personen und Initiativen ansetzen. Die Integration der kleinräumigen Alltagskompetenz verlangt zudem eine kommunikative Handlungspraxis, da die Kompetenz der Bevölkerung weniger im sprachlich-reflexiven Diskurs, sondern eher in der handlungspraktischen Lösung situationsbezogener Probleme liegt. Die hierfür erforderliche soziale, zeitliche und räumliche Überschaubarkeit ist nur auf der Ebene konkreter, stadtteilbezogener Projekte erreichbar (25).

Mit dem gemeinsamen, situationsbezogenen Handeln in Projekten könnte angesichts der Unübersichtlichkeit der Planungssituation zumindest im Bereich kleinräumiger Vorhaben ein Fundament für eine planungspolitische Erneuerung gefunden werden, die das Expertenhandeln an die Erfahrungen und Bedürfnisse der Bevölkerung bindet. Die sozialwissenschaftliche Alltagsforschung könnte Hilfestellung bei dem Versuch einer strukturellen Orientierung der Planungspolitik an Wahrnehmungsmustern und Bewußtseinsformen der Bevölkerung geben.

Dennoch ist offensichtlich, daß ein derartiges Planungsparadigma nur eine Teilantwort auf die generelle Umbruchsituation und die planungspolitisch zu suchenden Lösungswege sein kann. Weitergehende und umfassendere Reflexionen zu den neuen Aufgaben und Formen der Regionalpolitik sind hierfür notwendig.

Anmerkungen

- (1) Bei aller Skepsis gegenüber stufenförmig aufgebauten Bedürfnishierarchien dürfte der allgemeine Zusammenhang durch Maslow nicht verfehlt worden sein; vgl. Maslow, A.H.: Motivation und Persönlichkeit. – Olten 1977
- (2) Vgl. allgemein zum Strukturwandel in Städten und Regionen sowie zur Bedeutung einzelner Faktoren aus theoretischer Sicht die Beiträge in Prigge, W. (Hrsg.): Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch. – Basel, Boston 1987. = Stadtforschung aktuell, 17; sowie Borst, R. u.a. (Hrsg.): Das neue Gesicht der Städte. – Basel, Berlin 1990. = Stadtforschung aktuell, 29
- (3) Vgl. umfassend Häussermann, H.; Siebel, W.: Neue Urbanität. – Frankfurt 1987
- (4) Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen 1988. – Düsseldorf 1989. = Schriftenreihe des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, 51, S. 89; vgl. auch Zöpel, Chr.; Roters, W.: Politik in den Städten. In: Die Öffentliche Verwaltung (1986) 39, S. 669–675, und den umfassenden Anspruch der "Internationalen Bauausstellung Emscher-Park" in: Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Internationale Bauausstellung Emscher-Park. Werkstatt für die Zukunft alter Industriegebiete. Memorandum zu Inhalt und Organisation. – Düsseldorf 1988. In diesem Zusammenhang darf ein Hinweis auf die baden-württembergische Politik nicht fehlen; vgl. z.B. Wildenmann, R. (Hrsg.): Stadt, Kultur, Natur: Chancen zukünftiger Lebensgestaltung. Studie im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg. – Baden-Baden 1989
- (5) Kunzmann, R.: Die Chancen des Ruhrgebiets: Ein Vergleich der Regionen North-West in Großbritannien und Nord-Pas de Calais in Frankreich. In: Gesellschaft für Regionalforschung (Hrsg.): Beiträge zur Sommertagung 1987 in Aachen. – Remagen, Bonn 1988, S. 59–81. = Seminarbericht 25
- (6) Eine (system-)theoretische Erläuterung planungspolitischer Probleme in komplexen Gesellschaften findet sich bei Willke, H.: Systemtheorie entwickelter Gesellschaften. Dynamik und Riskanz moderner gesellschaftlicher Selbstorganisation. – Weinheim, München 1989
- (7) Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen 1988, a.a.O., S. 89
- (8) Derenbach, R.: Regionales Entwicklungsbewußtsein und Handlungsbereitschaft. Modelle, Konzepte und instrumentelle Konsequenzen. In: Raumforschung und Raumordnung 46 (1988) H. 5–6, S. 258–264. Dabei setzt sich Derenbach auf S. 263 f. kritisch mit der bisherigen Erforschung von "Regionalbewußtsein" auseinander. Diese gehe "an den drängenden Fragestellungen regionaler Entwicklungspolitik vorbei. Viel wichtiger als die Bindung an die Region ist letzten Endes die Frage, was sich Menschen . . . in ihren individuellen Perspektiven vorstellen und wie sie diese umsetzen können und welche Hilfen ihnen dabei gegeben werden können."
- (9) Ebenda, S. 259

- (10)
Ebenda. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die empirischen Arbeiten von *Guindani, S.; Bassand, M.*: Regionale Identität und Entwicklungsmentalität. In: Informationen zur Raumentwicklung (1982) H. 6/7, S. 485–493, und *Meier-Dallach, H.-P.; Hohermuth, S.; Nef, R.*: Soziale Strukturen und räumliches Bewußtsein. Von der Analyse zu Postulaten regionaler Politik. – Bern, Stuttgart 1985. = Publikationen des Schweizerischen Nationalfonds aus den nationalen Forschungsprogrammen, 29
- (11)
Vgl. zur Kritik dieser auch in der Wahrnehmungsgeographie verbreiteten Annahme *Wirth, E.*: Kritische Anmerkungen zu den wahrnehmungszentrierten Forschungsansätzen in der Geographie. Umweltpsychologisch fundierter 'Behavioral Approach' oder Sozialgeographie auf der Basis moderner Handlungstheorien? In: Geographische Zeitschrift 69 (1981), S. 161–198
- (12)
Vgl. für einen Überblick z.B. *Heinze, T.*: Qualitative Sozialforschung. Erfahrungen, Probleme und Perspektiven. – Opladen 1987; *Lamnek, S.*: Qualitative Sozialforschung. Bd. 1: Methodologie. – München, Weinheim 1988. Dort wird auch näher auf die sozialwissenschaftlichen Traditionen (z.B. phänomenologische Soziologie, Symbolischer Interaktionismus), in denen diese Forschungsrichtung steht, eingegangen. Einen guten Überblick über Ansätze zu einer qualitativen Regionalforschung geben die Beiträge in *Sedlacek, P.* (Hrsg.): Programm und Praxis qualitativer Sozialgeographie. – Oldenburg 1989. = Wahrnehmungsgeographische Studien zur Regionalentwicklung, 6
- (13)
Meuser, M.: Alltagswissen und gesellschaftliche Wirklichkeit. Sozialwissenschaftliche Alltagsforschung. In: *Isenberg, W.* (Hrsg.): Analyse und Interpretation der Alltagswelt. Lebensweltforschung und ihre Bedeutung für die Geographie. – Osnabrück 1985. = Osnabrücker Studien zur Geographie, 7, S. 129–158, hier: S. 134
- (14)
Ebenda
- (15)
Ebenda, S. 144
- (16)
Heinze, T.: Qualitative Sozialforschung . . . , a.a.O., S. 24
- (17)
Vgl. *Meuser, M.*: Alltagswissen und gesellschaftliche Wirklichkeit . . . , a.a.O., S. 146
- (18)
Das Forschungsprojekt wurde unter der Leitung von Prof. Dr. *Bernhard Butzin* am Institut für Geographie der Universität Münster durchgeführt und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziell gefördert. Ausführliche Hinweise zur qualitativen Untersuchungsmethodik und die umfassende Darstellung der Ergebnisse finden sich in *Aring, J.; Butzin, B.; Danielczyk, R.; Helbrecht, I.*: Krisenregion Ruhrgebiet? Alltag, Strukturwandel und Planung. – Oldenburg 1989. = Wahrnehmungsgeographische Studien zur Regionalentwicklung, 8, Kap. 3.3 bis 6
- (19)
Der Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) als regionale Institution hat in der räumlichen Planung und Wirtschaftsförderung nur noch Möglichkeiten zur Beratung und Anregung der Politik. Die für das Ruhrgebiet zuständigen Mittelbehörden (Regionalplanung, Zuweisung von Wirtschaftsförderungsmitteln usw.) sind die drei Regierungspräsidenten in Arnsberg, Düsseldorf und Münster.
- (20)
Vgl. zur Image-Kampagne des KVR: *Böltz, C.*: City-Marketing. Eine Stadt wird verkauft. In: Stadtbauwelt 1988, S. 996–997
- (21)
Genau in diesem Sinne sind Neuerungen in der regionalen Wirtschaftsförderungspolitik in Nordrhein-Westfalen einzuordnen. Vgl. zur "Zukunftsinitiative Montanregionen" bzw. zur "Zukunftsinitiative für die Regionen des Landes Nordrhein-Westfalen": Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Landesentwicklungsbericht Nordrhein-Westfalen 1988, a.a.O., S. 240 ff.
- (22)
Vgl. *Fürst, D.*: Neue Herausforderungen an die Regionalplanung. In: Informationen zur Raumentwicklung (1989) H. 2/3, S. 83–88; *Göb, R.*: Abschied von der Stadtentwicklungsplanung? In: Raumforschung und Raumordnung 47 (1989) H. 5–6, S. 485–493. Hier ist vor allem der ökonomisch-technologische Umbruch zu nennen, der gegenwärtig in den Kategorien eines Wandels vom "Fordismus" zum "Postfordismus" gut darstellbar zu sein scheint (vgl. *Hirsch, J.; Roth, R.*: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus. – Hamburg 1986; *Borst, R.* u.a. (Hrsg.): Das neue Gesicht . . . , a.a.O.). In einem umfassenden Sinn thematisiert *Habermas* die konzeptionellen Probleme sozialstaatlichen Handelns in der Gegenwart (vgl. *Habermas, J.*: Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien. In: *Habermas, J.*: Die neue Unübersichtlichkeit. – Frankfurt 1985, S. 141–163).
- (23)
Vgl. *Burckhardt, L.*: Das Ende der polytechnischen Lösbarkeit. In: Archithese 19 (1989) H. 5, S. 42 f., 68; *Ganser, K.*: Neue Chancen für die Planung. Kontinuität und Wechsel staatlicher Planungs- und Förderpolitik. In: Der Architekt (1983) H. 2, S. 62–64
- (24)
Fehl, G.: Ein Schlückchen "Zeitgeist": Jahrgang 1964. In: Stadtbauwelt 24 (1988), S. 2062–2063, hier: S. 2063
- (25)
Die seit Anfang 1989 in der Emscherzone tätige "Internationale Bauausstellung Emscher-Park" (IBA) verfolgt von ihrer Programmatik her Ziele, die den hier genannten Kriterien planungspolitischer Erneuerung nahekommen (vgl. Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Internationale Bauausstellung Emscher-Park . . . , a.a.O.). Es müßte Gegenstand einer eigenen Studie sein, die Realisierung der Ziele zu untersuchen. Vgl. auch die Schilderung stadtteilbezogener Projektarbeit in: Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) (Hrsg.): Zwischen Sozialstaat und Selbsthilfe. Stadtteilbezogene soziale Arbeit als Handlungsansatz in beruflicher Praxis und studentischer Ausbildung. – Essen 1989

Dipl.-Geogr. Ilse Helbrecht
Geographisches Institut
der TU München
Arcisstraße 21
8000 München 2

Dipl.-Geogr. Rainer Danielczyk
Universität Oldenburg
FB 3 – Fach Geographie
Postfach 2503
2900 Oldenburg

Prof. Dr. Bernhard Butzin
Geographisches Institut
der TU München
Arcisstraße 21
8000 München 2